

Spitzengehälter und Justizverfahren überschatteten Deutsche-Bank-HV

Frankfurt/Main (dpa) - Das Reizthema Spitzengehälter für hohe Manager sowie die Justizverfahren gegen Vorstandssprecher Josef Ackermann und Aufsichtsratschef Rolf Breuer haben die Hauptversammlung der Deutschen Bank überschattet. Obwohl das größte deutsche Geldhaus 2002 einen radikalen Umbruch vollzog, spielten Themen wie Strategie und Gewinnperspektiven in der Frankfurter Festhalle nur eine untergeordnete Rolle.

Von Wolf Pampel, dpa

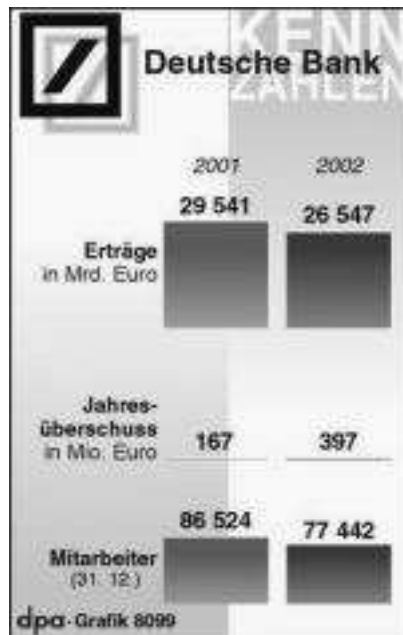


Bild: (dpa)

Eckdaten der Deutschen Bank.

Vor allem die Bezüge für den neuen Vorstandssprecher Ackermann von 6,9 Millionen Euro im vergangenen Jahr sowie die geplante Aufstockung der Vergütungen für Aufsichtsratschef Breuer erhitzen die Gemüter der Anteilseigner. Von «Plünderung und Abzockerei» war in den Gegenanträgen ebenso die Rede wie von «ekelhaften Begehlichkeiten», die von den Anteilseignern abgewehrt werden müssten. Andreas Lang von der Deutschen Schutzgemeinschaft für Wertpapierbesitz (DSW) sieht in der auseinandergehenden Einkommensschere zwischen Bankangestellten und Spitzenmanagern «die Grenzen des sozialen Friedens in Deutschland» erreicht.

Die teilweise mit heftigem Beifall bedachte Kritik wurde mit dem drastischen Personalabbau in Zusammenhang gebracht. Die Vorstandsmanager «schweben in exorbitanten Sphären», gleichzeitig werde das Ziel verfolgt, mit dem Abbau von mehr als 14 000 Stellen die Kosten zu senken. Die für 2002 ausgewiesenen Gewinne seien zudem nur durch die Veräußerung von erheblicher Substanz möglich gewesen. «Das Tafelsilber wurde verscherbelt», monierte Lang.

Ackermann verteidigte die hohen Einkommen und Boni mit den internationalen Aktivitäten der Deutschen Bank. Angesichts des globalen Wettbewerbs im Finanzgeschäft sei man auf die besten und damit teuersten Talente angewiesen. «Das verlangen auch unsere Kunden», betonte er. Vor allem seien im Investmentbanking immer noch angelsächsische Fachleute gefragt, die weltweit umworben würden. Nach Darstellung von Breuer liege es auch im Interesse der Aktionäre, wenn die Deutsche Bank internationale Spitzenkräfte verpflichte.

Neben dem Reizthema «Spitzeneinkommen» nutzten zahlreiche Aktionäre ihr Rederecht, um mit Vorstand und Aufsichtsrat auch wegen der anhängigen Justizverfahren hart ins Gericht zu gehen. Im Mittelpunkt stand dabei das Urteil des Landgerichts München. Darin wurde die Deutsche Bank zu Schadenersatz verurteilt, weil der damalige Vorstandssprecher Breuer öffentlich die Kreditwürdigkeit - der später insolventen - Kirch-Gruppe in Frage gestellt habe. Sowohl Breuer als auch die Deutsche Bank haben dagegen Berufung eingelegt.

Mehrere Aktionäre kritisierten die Organe des Geldhauses, die Hintergründe und Sachverhalte auf der Hauptversammlung nicht ausführlich dargestellt zu haben. Immerhin drohten allein

aus diesem zivilen Konflikt Schadenersatzforderungen von bis zu 300 Millionen Euro. Auch die strafrechtlichen Ermittlungen der Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen Breuer erhitzten die Gemüter. Die Frankfurter Behörde prüft derzeit, ob der langjährige Vorstandschef auf der Hauptversammlung 2002 eine falsche Aussage über das Vorliegen einer Anzeige des Kirch-Konzerns gemacht habe.

An den neuen Schweizer Spitzenmann Ackermann wurde die Frage gerichtet, ob er angesichts der noch nicht zugelassenen Anklage der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft sein Amt nicht ruhen lassen müsse. Im Zusammenhang mit der Mannesmann-Übernahme durch Vodafone wird ihm - und anderen Aufsichtsräten - Untreue vorgeworfen wegen überhöhter Abfindungen für Mannesmann-Manager. Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank entgegnete, dafür bestehe kein Anlass, zumal man von der Unschuld Ackermanns überzeugt sei.

Die positive Gewinnentwicklung des Branchenführers im neuen Geschäftsjahr waren dagegen auf der ersten Ackermann-HV kaum ein Thema. Ohnehin waren nur 37 Prozent des Aktienkapitals vertreten. Immerhin konnte Ackermann seinen Eigentümern mitteilen, dass auch das zweite Quartal hinsichtlich des Ertrages an die ersten drei Monate anschließen kann. Im ersten Quartal 2003 hatte der Geldkonzern - ohne außerordentliche Belastungen - einen Betriebsgewinn von knapp einer Milliarde Euro ausweisen können.

Dass immer noch Unternehmensbeteiligungen von fünf Milliarden Euro bestehen, 500 Millionen stille Reserven vorhanden sind, kein Kauf eines Kreditinstituts auf der Agenda steht und der Verkauf der zwölfprozentigen Beteiligung an DaimlerChrysler derzeit nicht beabsichtigt ist, blieben lediglich Randnotizen. In ruhigeren Zeiten hätten sämtliche Botschaften für eine Schlagzeile gereicht.



Bild: Alexander Rüsche (dpa)

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank AG, Josef Ackermann, musste sich auf der Hauptversammlung auch heftige Kritik anhören.

Quelle: SÜDKURIER

Nachzulesen unter:

<http://www.skol.de/nachrichten/dpa/infoline/wirtschaft/416,469494.html>